

Stäfa, 28. April 1997

KR-Nr. 153/1997

ANFRAGE von Thomas Müller (EVP, Stäfa)

betreffend Einführung von Produkten aus "fairem Handel" in den Verpflegungsbetrieben der Verwaltung und der Institutionen, die vom Kanton massgeblich subventioniert werden

Zu Beginn dieses Jahres wurde in sämtlichen Verpflegungsstätten der ETH in Zürich der Kaffeeausschank umgestellt, sodass heute nur noch Kaffeebohnen verwendet werden, welche den Anforderungen der Max Havelaar Stiftung zu genügen vermögen. Die Partnerorganisationen der Max Havelaar Stiftung in den produzierenden Ländern bieten den Kleinbauern-Kooperativen langfristige Abnahmeverträge und leisten eine teilweise Vorfinanzierung der Ernte. Die Verwendung des Mehrertrages - erzielt durch den über dem Weltmarkt liegenden Übernahmepreis - zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen wird durch die Stiftung kontrolliert. Obwohl diese Produkte, welche das Max Havelaar Gütesiegel tragen, für uns nur unwesentlich teurer sind als konventionell gehandelte, trägt deren Kauf zu einer markanten Verbesserung der Situation der an der Produktion beteiligten Familien in den Anbauländern bei.

Die global zunehmende Konkurrenz unter den einzelnen Volkswirtschaften führte noch zu einer Zementierung des Nord/Südgefälles, welcher einzig mit der Bezahlung angemessener Produktpreise begegnet werden kann.

In diesem Zusammenhang richte ich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass in den Restaurationen der Verwaltung nach Möglichkeit nur "fair gehandelte" Produkte verarbeitet und angeboten werden sollten?
2. Teilt der Regierungsrat meine Einschätzung, dass die Einführung dieser Produkte, wie sie in den Gastronomiebetrieben der ETH - mit deren Führung der SV-Service betraut ist - vorgenommen wurde, z.B. auch in den Verpflegungseinrichtungen der Universität, der Kantonsspitäler sowie der Mittel- und Berufsschulen, welche in der Regel von Regiebetrieben wie dem Zürcher Frauenverein geführt werden, möglich sein sollte?
3. Ist der Regierungsrat bereit, bei den Betreibern dieser Verpflegungsstätten darauf hinzuwirken dass sie ihr Angebot in diesem Sinne anpassen oder umstellen?
4. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, noch weitere Institutionen der öffentlichen Hand zu einer solchen Umstellung zu bewegen?

Thomas Müller